

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Unmut über Kasuri-Äußerungen

Für Unmut in Afghanistan haben angebliche Äußerungen von Pakistans Außenminister Khurshid Mahmud Kasuri gesorgt. Einem Bericht des namhaften pakistianischen Journalisten Ahmed Rashid im britischen *Daily Telegraph* (29.11.) zufolge habe Kasuri gegenüber besuchenden Außenministern von NATO-Staaten bei internen Briefings geäußert, dass die Taliban den Krieg im Nachbarland gewännen, die NATO vor dem Scheitern stünde und vor der Entsendung zusätzlicher Soldaten gewarnt. Gleichzeitig habe er dazu aufgefordert, Taliban-Vertreter in die Kabuler Regierung aufzunehmen. Der Gouverneur der North West Frontier Province, General Ali Mohammed Jan Orakzai, hatte zuvor öffentlich erklärt, dass die NATO in Afghanistan versagt habe; dies sei ‚entweder Mangel an Verständnis (der Lage in Afghanistan) oder Mangel an Mut, ein Versagen zuzugeben‘, zuzuschreiben. Orakzai bezeichnete die Taliban als Repräsentanten der afghanischen Paschtunen und Anführer einer ‚nationalen Widerstandsbewegung‘. Das afghanische Außenministerium bezeichnete diese Äußerungen als ‚direkte Einmischung‘ in die inneren Angelegenheiten des Landes. In Khost und Gardez kam es zu anti-pakistanischen Demonstrationen. Diese Äußerungen überschatteten auch den Besuch Kasuris in Kabul Anfang Dezember, wo er die Vorbereitung einer zwischen den Präsidenten Bush, Karzai und Musharraf vereinbarten Stammes-Jirga mit Vertretern aus beiden Nachbarländern vorantreiben sollte. Auch hierbei beschuldigte ein afghanischer Regierungssprecher die pakistanische Seite, die Vorbereitung zu verzögern.

Kabul blockiert Eisenbahnbau

Die afghanische Regierung hat sich geweigert, ein *No-Objection Certificate* (NOC) für den Weiterbau des grenzüberschreitenden pakistanisch-afghanischen Eisenbahn-Anschlusses zwischen den Grenzorten Chaman (Pakistan) und Spin Boldak (Afghanistan) zu erteilen. Dies teilte Pakistans Eisenbahn-Minister Sheikh Rashid Ahmad laut *Dawn* vom 29. November mit. Gründe für die Weigerung wurden nicht bekannt gegeben. Von Spin Boldak aus sollte die Bahnlinie nach Kandahar weiter geführt werden. Dies wäre die erste Eisenbahnlinie in Afghanistan, abgesehen von einem gegenwärtig nicht genutzten Anschluss an das

ehemalige sowjetische Netz in Hairatan an der Grenze zum heutigen Usbekistan.

Kritik an militärischer Entwicklungshilfe...

Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben die ISAF-Truppen in Afghanistan beschuldigt, mit so genannten Quick Impact-Projekten die Entwicklungszusammenarbeit ziviler Helfer zu unterminieren. Der *Agency Coordinating Body For Afghan Relief* (ACBAR), ein Zusammenschluss afghanischer und ausländischer NROen in Afghanistan erklärte anlässlich des NATO-Gipfels in Riga im November, dass ‚militärische Akteure nicht in Entwicklung geschult‘, ihre Ansätze oft mit wenig in den Gemeinschaften verankert und wenig nachhaltig seien. Als Beispiel werden kostenlose Viehimpfungen genannt, die ein in Aufbau befindliches Impfsystem auf der Basis geschulter einheimischer Helfer, so genannter Para-Vets, konterkarierten. Der *Norwegian Refugee Council* (NRC) erklärte gesondert, dass die NATO ‚tun soll, was sie am besten kann: den Sicherheitssektor unterstützen und den Frieden zu halten, so dass die Hilfsorganisationen tun können, was sie am besten können: bedürftigen Zivilisten Schutz und Unterstützung zu geben‘. ACBAR und NRC sind besonders besorgt, dass militärische Beteiligung an Entwicklungsvorhaben die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Aktivitäten

... und am NATO-Vorgehen

Human Rights Watch hat den NATO-Truppen in Süd-Afghanistan vorgeworfen, sich nur auf den Kampf gegen die Taliban zu konzentrieren und dabei andere Quellen der Instabilität zu ignorieren, die die afghanische Bevölkerung bedrohen, unter anderem ‚illegale bewaffnete Gruppen und regionale Warlords‘. In einem Brief an NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer verlangt die Organisation des weiteren, Zivilisten bei den NATO-Operationen stärker als bisher zu schützen, zu kompensieren und Gefangene internationalen Standards gemäß zu behandeln. Bei Besuchen in allen Regionen Afghanistans habe HRW erste Fälle illegaler Landaneignungen, Bedrohung von Journalists sowie fraktioneller und ethnischer Gewalt festgestellt. Viele dieser Warlords bekleideten wichtige Regierungspositionen. Die Weigerung der NATO, sich diesen entgegen zu stellen, und sogar Fälle von

Kooperation hätten zu schweren Menschenrechtsverletzungen geführt und damit die Legitimität der afghanischen Regierung und ihrer internationalen Unterstützer unterminiert .

Korruption behindert Kampf gegen Drogen

Anstrengungen zur Bekämpfung der Opiumproduktion in Afghanistan seien durch Korruption behindert worden und hätten dabei versagt, die Kontrolle des Drogenhandels in immer weniger Händen zu verhindern. Dabei spielten „einige Regierungsinstitutionen und -führer“ eine „zunehmend bedeutende“ Rolle. Dies sagt ein neuer gemeinsamer Bericht des *United Nations Office on Drugs and Crime* (UNODC) und der Weltbank unter dem Titel „Afghanistan's Drug Industry: Structure, Functioning, Dynamics, and Implications for Counter-Narcotics Policy“. Die Vernichtung von Opiumfeldern träfe vor allem arme Bauern und Lohnarbeiter, die keine politische Unterstützung genossen und keine Bestechungsgelder zahlen könnten. UNODC-Chef Antonio Maria Costa verlangte, jene vor Gericht zu bringen, die die treibenden Kräfte hinter dem Opiumhandel seien, und korrupte Regierungsbeamte zu entlassen. Nach UNODC-Angaben hatte Afghanistan 2006 eine Rekordernte an Opiummohn von über 6.000 Tonnen zu verzeichnen, bei einem Anstieg der Anbaufläche um 59 und produzierten Menge um 49 Prozent. Das sind über 90 Prozent der weltweiten illegalen Opiumproduktion.

(Bericht im Web unter www.unodc.org/pdf/Afgh_drugindustry_Nov06.pdf)

Steigende Kriegskosten

Die Kriege in Afghanistan und Irak belasten das Budget der USA bisher insgesamt 507 Milliarden Dollar, davon allein 300 Milliarden in Irak, berichtete der *Christian Science Monitor* unter Bezug auf den *Congressional Research Service*. Das Pentagon plane gegenwärtig, den Kongress um weitere 120 bis 160 Mrd für das Finanzjahr 2007 zu bitten. Schätzungen des Weißen Hauses vor Beginn der letzten Irak-Operation lagen bei 50 Milliarden Dollar, der Vietnam-Krieg kostete – inflationsbereinigt - 531 Milliarden. Einem Bericht der *New York Times* zufolge flog die US Air Force in den ersten sechs Monaten des Jahres über 2000 Luftangriffe in Afghanistan. Das kanadische Finanzministerium rechnet mit Kosten von 721 Millionen kanadischen Dollar für die kommenden zwei Jahre für den Einsatz seiner Truppen in der Südpinz Kandahar. Kandahar hat bisher den Tod von 42

Soldaten (davon 32 im Kampf gefallen) und einem Diplomaten zu beklagen.

Laut *Norwegian Refugee Council* (NRC) hat die internationale Gemeinschaft in den vergangenen fünf Jahren in Afghanistan 82,5 Mrd Dollars für Militärhilfe und nur 7,3 Milliarden Dollar für zivile Entwicklung ausgegeben. Die kanadische ‚Globe and Mail‘ veröffentlichte am 28.11.2006 folgende Angaben:

Land*	Anteil an NATO-Kräften in Afghanistan (in %)**	Anzahl NATO/US-Kampftote in Afgh., 2006***	NATO/US-Kampftote in Afgh., 2006 (in %)
Belgien	0.7%	0	0%
Bulgarien	0.4%	0	0%
Kanada	5.7%	32	26.0%
Tschech. Republik	0.2%	0	0%
Dänemark	0.8%	0	0%
Estland	0.2%	0	0%
Frankreich	3.0%	6	4.9%
Deutschland	6.8%	0	0%
Griechenland	0.4%	0	0%
Ungarn	0.5%	0	0%
Italien	4.5%	4	3.3%
Lettland	0.1%	0	0%
Litauen	0.3%	0	0%
Luxemburg	0%	0	0%
Niederlande	5.2%	0	0%
Norwegen	0.9%	0	0%
Polen	0%	0	0%
Portugal	0.4%	0	0%
Rumänien	1.9%	1	0.8%
Slowakei	0.1%	0	0%
Slowenien	0.1%	0	0%
Spanien	1.5%	1	0.8%
Türkei	1.2%	0	0%
Großbritannien	12.9%	18	14.6%
USA	52.0%	61	49.6%

* Island, ein NATO-Mitglied ohne Armee, hat 15 Polizisten in Afghanistan; addierte Prozentsätze ergeben wegen Rundungen nicht 100%.

** NATO-Angaben 2006.

*** Bis Okt. 2006; ohne Unfälle. Die USA haben 10.000 Soldaten in Afghanistan, die nicht der NATO unterstehen.

Sieben Millionen Kinder ohne Bildung

Über die Hälfte der afghanischen Kinder kann trotz einer Verfünffachung der Schülerzahlen seit dem Sturz der Taliban 2001 immer noch keine Schule besuchen. Dies berichtet Oxfam in einem neuen Bericht „Free, Quality Education for Every Afghan Child“. Mädchen sind weiterhin besonders benachteiligt. Unter den Grundschulern sind nur 20 Prozent Mädchen, in der Sekundarstufe sogar nur 5 Prozent. Oxfam gibt die Zahl der Schüler mit gegenwärtig fünf Millionen an – gegenüber bisherigen UN-Angaben von sieben Millionen –, während sieben Millionen Kinder nicht die Möglichkeit hätten, eine Schule zu besuchen. 2001, unter den Taliban, besuchten nur 1 Million afghanischer Kinder eine Schule. Der Hauptgrund sei der Mangel an Schulgebäuden. Die Hälfte der existierenden Schulen benötige dringend größere Reparaturen, die meisten besäßen kein sauberes Trinkwasser oder Toiletten. Dafür würden in den nächsten fünf Jahren 800 Millionen Dollar benötigt; bisher flössen nur 126 Millionen Dollar pro Jahr in das Bildungs-

wesen. Oxfam zufolge benötige das Land schon jetzt 53.000 zusätzliche Grundschullehrer und weitere 64.000 über die nächsten fünf Jahre, vor allem Frauen. Frauen stellten gegenwärtig nur ein Drittel des Lehrkörpers. Währenddessen existierten 20.000 so genannten „Geisterlehrer“, die lediglich ihr Gehalt empfangen, aber niemals unterrichteten. Lehrer seien mit maximal 50 Dollar im Monat stark unterbezahlt und deshalb gezwungen, entweder Bestechungsgelder zu nehmen oder Nebenberufe auszuüben. Auch ihr Ausbildungsstand lasse zu wünschen übrig. Eine Untersuchung in Nord-Afghanistan habe ergeben, dass nur fünf Prozent der Lehrer die Prüfungen bestanden, die den Schülern abverlangt werden. Obwohl die Schulbildung offiziell kostenlos ist, würden in 85 Prozent der Schulen Gebühren erhoben. Bildungsminister Hanif Atmar erklärte, die Situation sei nicht so schlecht wie von Oxfam dargestellt, und sprach von sechs Millionen Schülern. Es würden aber zusätzliche Mittel benötigt, um die verfassungsgemäße kostenlose Schulbildung für alle Kinder durchzusetzen.

Karen Fischer (8. Mai 1976 – 7. Oktober 2006)

Ein Nachruf

Hans Jürgen Mayer

Der 7. Oktober 2006 war ein schwarzer Tag für die Pressefreiheit. Die großen Schlagzeilen machte die Ermordung der russischen Journalistin und Menschenrechtlerin Anna Politkowskaja in ihrer Moskauer Wohnung. Zuvor hatte die Meldung vom Mord an Karen Fischer alle zutiefst erschüttert, die sie kannten. Karen Fischer, seit 2002 für das Deutsche und Englische Hörfunk-Programm der Deutschen Welle ständige Mitarbeiterin, war zusammen mit ihrem Lebenspartner Christian Struwe (geb. 3. März 1967) in der nordafghanischen Provinz Baghlan von Unbekannten erschossen worden. Eine viel versprechende Journalistin war im Alter von gerade 30 Jahren – Christian Struwe war 38 Jahre alt – in dem Lande ums Leben gekommen, das sie liebte.

Als Karen Fischer kurz nach ihrem Volontariat bei der Deutschen Welle (zum Teil auch für die ARD) nach Kabul aufbrach, um für den Sender erst über die Loya Jirga, dann die Präsidentschaftswahl und schließlich die Par-

lamentwahl zu berichten, da hatte sie wohl das große Thema ihres kurzen Journalistenlebens gefunden. Afghanistan hat sie von Anfang fasziniert, dieses geschundene Land mit seinen großartigen Landschaften und

Menschen, deren Herzlichkeit sie von Anfang an einnahm.

Konferenzberichterstattung allein und Analyse vom Schreibtisch aus – beides beherrschte sie perfekt – reichten ihr nicht. Auf einer mehrwöchigen